

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark für den ersten Tag, 0,25 Goldmark für den zweiten Tag, 0,20 Goldmark für den dritten Tag, 0,15 Goldmark für den vierten Tag, 0,10 Goldmark für den fünften Tag, 0,08 Goldmark für den sechsten Tag, 0,06 Goldmark für den siebten Tag, 0,04 Goldmark für den achten Tag, 0,03 Goldmark für den neunten Tag, 0,02 Goldmark für den zehnten Tag. — Die Druckgebühr für Zusatzen beträgt 0,10 Goldmark. — Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Nächten kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung**  
**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 G. Mark bei freier Zustellung durch Boten  
Postbezug für Monat Juni 2,00 Goldmark für die Woche - Monatszeitung monatlich 6 Mk. 15. — Straßenzustellungen: im Inlande wöchentlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark. **Einzelnummer 15 G. Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060  
Abbestellungs-Einstellungen (ohne Nachporto) werden weder zurückgefordert noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.  
XXXII. Jahrg.  
Sonntag, 1. Juni 1924

## Das Bürgerblock-Rabinett gescheitert

Abfrage der Deutschnationalen an Marx — Schwere Brüstung der Deutschen Volkspartei — Hergt verlangt neuen Kurs in der Außenpolitik

### Unter dem Diktat der Deutschvölkischen

Von unserem Mitarbeiter

Berlin, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht)  
Der Versuch, eine Regierung zu bilden, die sich, mit Ausnahme der Deutschvölkischen, auf die Gesamttheit der bürgerlichen Parteien stützen konnte, ist von den Deutschnationalen mitwirkend und absichtlich gescheitert worden. Auch bei den Demokraten haben hier und da Bedenken bestanden, ob sie diesen sogenannten großen Bürgerblock mitmachen sollten. In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung von Parteivorstand und Fraktion sind dieser Bedenken auch zum Ausdruck gekommen, aber durchgehenden sind sie nicht Gehör von diesen führenden Männern in die Abfrage verschoben worden, daß die Demokratische Partei im gegenwärtigen Moment sich der Mitwirkung an einem Bürgerkabinett nicht entziehen dürfte.

Was die Verhandlungen, die zeitweilig nicht andächtig abgelehnt werden, zum Scheitern gebracht hat, waren ausschließlich und allein die Deutschnationalen. Die Führung, so wird man es wohl formulieren dürfen, ist von völkischen Bürgern unterlegen. Von diesem völkischen Bürgertum kommt offenbar auch die Reduktion der beiden Rundgebungen, mit denen die Deutschnationalen sich gestern abend an die Öffentlichkeit gewendet haben. Die erste dieser Rundgebungen gibt den Beschluß der Deutschnationalen Fraktion mit kurzen Worten wieder. Er lautet:

„Die deutsch-nationale Fraktion vermag nicht darauf zu verzichten, daß in der auswärtigen und inneren Politik des Reiches eine Kursänderung erfolgt und daß hierfür bei der Regierungsbildung sichbare Garantien geschaffen werden. Aus diesem Grunde hat sie sich heute mit aller Entschiedenheit für die Tzipin-Vollmacht ausgesprochen. Da die von dem bisherigen Herrn Reichskanzler angestrebte Kursänderung, namentlich auch, was die entsprechende Kursänderung in Preußen anbelangt, keine Gewähr bietet, vertritt sich die deutsch-nationale Fraktion von einer Fortsetzung dieser Verhandlungen keinen Erfolg.“

Zu der zweiten Rundgebung wird dieser kategorische Beschluß etwas näher erläutert. Es wird in ihr folgendes gesagt:

1. Der wesentliche Kern des außenpolitischen Programms der Deutschnationalen Volkspartei besteht darin, daß die Entschlossenheit über das Sachverhältnis der deutsch-nationalen Fraktion erst nach Verhandlungen in einem Schlichtungs-Komitee entschieden werden kann, bei dem die völkischen und Ehrenpunkte gleichmäßig mitzureden sein müssen. Hierin ist die Deutsch-nationale Volkspartei in keinem Stadium der Verhandlungen über die Regierungsbildung abgewichen.

2. Die „Kontinuität“ der bisherigen Regierungspolitik ist von der Deutschnationalen Volkspartei niemals (1) angetrieben worden. Im Gegenteil hat sie von ihrem Standpunkte aus, daß eine Kursänderung nicht nur erfolgen, sondern auch zum Ausdruck kommen müsse, jeder Versuch entschieden widerprochen, die nach außen hin den Eindruck erwecken würde, als ob der bisherige Kurs, namentlich in außenpolitischer Beziehung, unverändert fortgesetzt würde.

3. Die Tzipin-Vollmacht ist bei jeder Gelegenheit als die angebene verstanden und jede andere Veranlassung als unbefriedigend bezeichnet worden.

4. Gegen die Marx-Vollmacht sind in der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion von Anfang an wegen der inneren Gefahr und insbesondere auch des äußeren Einbruchs einer Fortsetzung des bisherigen Kurses einschneidende Bedenken erhoben worden. Gleich ist aber hervorgehoben, daß die Marx-Vollmacht nur dann erheblich erscheinen könnte, wenn bei der Aufstellung im einzelnen der Deutschnationalen Volkspartei solche Vorbehalte gemacht werden, daß ihr Einfluß und ihre Ziele nach jeder Richtung andrücklich gesichert sind.

5. Für die Außenpolitik ist neben dem Kanzler der Außenminister entscheidend. Ist schon von deutsch-nationalen Standpunkt aus das Verhalten des Kanzlerpersönlichkeit auf ihrem Posten bedenklich, so wäre die Beibehaltung an sich noch bedenklicher. Außenminister, also die unveränderte Beibehaltung in beiden entscheidenden Posten für die Deutsch-nationale Volkspartei ein Ding der Unmöglichkeit. In dieser Beziehung ist bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung nicht die geringste Klärung geschaffen worden.

Man ist dabei nicht immer auf dem Wege der Wahrheit geblieben: wer die einzelnen Phasen der Verhandlungen in den letzten Tagen aus der Nähe verfolgt hat, weiß, daß die Deutschnationalen Unterhändler bereit waren, ihre außenpolitischen Bedenken, durch-

auszuweisen, daß gerade von ihnen der Ausdruck von der „Kontinuität“ der Außenpolitik, die gewahrt werden müsse, in die Debatte geworfen war. Über die Unterhändler, die schließlich doch die Führer der deutsch-nationalen Fraktion waren, hatten sich, wie die heutigen Pronunziamentos erweisen, föhlich zu weit vorgewagt und ohne Mandat gehandelt. Man wünschte sie, wäre es was es wolle, die Tür ins Freie niederzugeschlagen, und eine Verdrückung des andern Partners, namentlich der Deutschen Volkspartei, die sich am lebhaftesten um das Zukunftsgeld des großen Bürgerblocks bemüht hatte, sehen ihnen dazu das rechte Mittel.

Herr Dr. Scholz hat trotzdem gemeint, das Versagen und den bösen Willen der Deutschnationalen noch einmal feststellen lassen zu müssen. Deshalb ist er in den letzten Abendstunden in Begleitung des Kanzlers Marx erneut beim Reichspräsidenten gewesen, um ihm vorzuschlagen, namentlich Herrn Hergt mit der Kabinettbildung zu betrauen. Der betragliche Führer der völkischen Reichstagsfraktion ist dabei, wie wir glauben möchten, von der Ansicht ausgegangen, daß erst dann alle Mittel erschöpft sind, erst dann ein Mittel zu erwägen wäre, daß es im Augenblick seinen andern Kandidaten gäbe, als die Mittlere zur Regierungskombination der letzten Monate. Man wird darüber freieren können, ob dieser Schritt wirklich noch notwendig war, ob die Dinge nicht auch schon ohne ihn völlig klar lagen. Jedenfalls wird er, soweit wir die Situation zu beurteilen vermögen, erfolglos bleiben.

Der Antrag, den der Reichspräsident am Sonntagabend Herrn Marx erteilte, hat keinerlei Bindungen und Weisungen enthalten. Herr Marx hatte die Freiheit, eine Regierung auf der Basis der Grundgesetze zu bilden. Sogar die Grundgesetze nicht schaffen, so ist das keine Ursache, Herrn Marx den Auftrag zu erteilen. Er wird sich dann eben mit einem schmalen Majorität in der Reichstagsversammlung auseinandersetzen lassen, ob sich im Reichstag wirklich eine Mehrheit findet, die sein neues Kabinett in diesem Moment zu bilden den Willen hat.

Eine Weisung des Herrn Dr. Hergt mit der Kabinettbildung beauftragte unter solchen Umständen schließlich unzulässige Zeitverlust. In einer von den Deutschnationalen geführten Regierung würden nun höchstens noch die Deutschvölkischen eintreten wollen. Auch für die Deutsche Volkspartei wäre, nach dieser Brüstung Dr. Stresemanns, jede Verwirklichung an einem deutsch-nationalen Kabinett ausgeschlossen. Und das Ergebnis von dem Wirrwort und dem Hin- und Hergerate dieser Tage? Es ist endlich einmal Klarheit geschaffen. Am Ende des heutigen Tages wird wohl, nach Aussagen und Wirrwort, das zweite Kabinett Marx angetreten kommen. Dann werden auch die Mittelpartei, die in den letzten Tagen ein wenig auseinander manövriert worden waren, sich wieder angeschlossen.

### Die einzigen Möglichkeiten

Kabinett Marx oder — Kabinett Hergt

B. Berlin, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht)  
Hier und da wird in Berliner Morgenblättern angeben, daß die Deutsche Volkspartei sich vielleicht weigern könnte, an einem Kabinett Marx auf der Grundlage der bisherigen Koalition sich zu beteiligen. Diese Behauptungen sind nach unserer Kenntnis grundlos. Die letzte Führung der Deutschen Volkspartei weiß, daß es nur noch zwei Möglichkeiten gibt: Entweder die für unsere Volkspartei noch annehmbare Nationalität, das Sachverständigen-Komitee annehmen: Entweder ein Kabinett Marx als Fortsetzung der bisherigen Regierungskombination oder aber den Versuch, die Koalition Hergt unglückseligen Angebotes zu erneuern, bei der die Deutsche Volkspartei wegen des Sachverständigen-Komitees doch nicht in die Opposition gehen könnte.

Herr Dr. Scholz hat heute vormittag um 11 Uhr die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung eingeladen. Diese Einladung hat außerordentliches Interesse. Die Sitzung wird, wie man erwarten darf, eine sehr wichtige sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Fraktion auf ihr zu dem Entschluß gelangen wird, sich an einer Regierung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte unter Führung des bisherigen Kanzlers Marx zu beteiligen. Eine solche Regierung darf, wie wir heute aus dem Verhalten des „Vormarsch“ ergibt, auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen.

Es ist nunmehr klar, wie die „Germania“ schreibt: Die Schuld an dem Mislingenshandlungen der Regierung über die Reichstagspartei liegt ausschließlich bei den Deutschnationalen. Was die Deutschnationalen Partei schon an Erfahrungen von

### Die violetten Todesstrahlen

In den letzten Wochen verging fast kaum ein Tag, ohne daß nicht irgendeine neue sensationelle Einzelheit über die sogenannten violetten oder auch als blauen Todesstrahlen des englischen Erfinders Grindell-Matthews veröffentlicht wurde. Vor allen Dingen die amerikanische und englische Presse tat sich besonders hervor. Noch sind die Ansichten über den Wert dieser neuen Erfindung recht geteilt; dafür aber hat sich bereits ein ganzes Melodrama oder, vielleicht besser gesagt, ein spannender Film rings um die Erfindung gebildet, dessen einzelnen Bildern vor allem Dingen die angeläufigste Welt in den letzten Jahren Rede geworden phantastisch-technischen Romane scheint Wirklichkeit geworden zu sein.

Über die Erfindung selbst werden sehr widersprechende Einzelheiten veröffentlicht. Man muß es den Sachverständigen überlassen, zu entscheiden, wie weit die Angaben des Erfinders, er könne mit seinen Strahlen auf weite Entfernungen Gebäudefenster durchdringen, ganze Divisionen vernichten und Flugzeuge vom Boden aus in Brand setzen, auf Wahrheit beruhen. Bisher scheint uns doch ein Flugszeug vom Boden aus zum Fallen und eventuell zu einer Notlandung zu zwingen.

Die englische Öffentlichkeit interessiert sich auch viel weniger für die Versendungsfähigkeit der neuen Strahlen, als für den Erfinder selbst und seinen aufsehenerregenden Kampf mit dem englischen Luftministerium. Das Luftministerium ist nämlich etwas spezifisch. Es tritt der Erfindung des Grindell-Matthews mit den gleichen Bedenken entgegen, die alle Militärbehörden während des Krieges den für waffenhaft überlaufenden Erfindern entgegen. Sie hatten auch gute Ursache dazu. So hat man sich beispielsweise in England nicht verhehlen, wie einst eine große Anzahl englischer Generale im zweiten oder dritten Weltkrieg durch einen Schindler hinter dem Rücken geführte wurden, der ihnen auf einer hohen Höhe vorführte, wie man aus großer Entfernung durch gewisse Strahlen eine Kuberde törete. Die Sache hielten auch wirklich programmgemäß tot zu Boden. Die Generale waren entsetzt und sahen schon die ganze deutsche Armee ähnlich am Boden liegen. Ihre Freude war leider verfrüht, denn die Polizei stellte kurz danach fest, daß der Schindler vorher geheime elektrische Leitungen angelegt und die Kuberde auf diese Art vom Leben zum Tode überführt hatte. Die Sache wurde strengstens unterdrückt und der Schindler auch nicht weiter verfolgt, um die englische Generalität nicht zu blamieren.

So braucht man sich nicht weiter zu wundern, wenn das Luftministerium jetzt den Erfinder der sogenannten Todesstrahlen etwas mißtrauisch betrachtet und von ihm genaue Demonstrationen verlangt. Herr Grindell-Matthews war aber mißbedenklich eben so mißtrauisch wie das Luftministerium und wollte sich zu den Demonstrationen auf Angst, man könne ihm sein Geheimnis abhören, nicht recht verstehen.

So gingen die Monate dahin und erst Anfang dieser Woche kam es zu einer ersten Vorführung im Laboratorium des Erfinders. Es gelang diesem, einen kleinen Motor auf kurze Entfernung zum Stillstand zu bringen. Die englischen Sachverständigen glaubten, sich auf Grund dieses

einigen Experimentes noch kein abschließendes Urteil erlauben zu können. Der englische Staat möchte dem Erfinder folgenden Vorschlag: Die Regierung muß diesen aus einer zu bestimmenden Entfernung zum Stillstand bringen. Gelingt ihm dies, bekommt er tausend Pfund sofort ausbezahlt, muß aber der Regierung übergeben und darf in dieser Zeit mit keiner andern Stelle wegen eines Verkaufes seiner Erfindung verhandeln.

Herr Grindell-Matthews aber suchte die Achseln und lehnte ab. Er will alles oder nichts. Entweder kauft die Regierung den Apparat sofort oder der Erfinder geht nach Frankreich, um seinen Apparat dort loszuschlagen. Es ist zwar nicht sehr patriotisch, dem voraussetzlichen Gegner des nächsten Weltkrieges eine seiner Waffen nach so kurze Waffe anzuliefern, aber es bringt Geld, und Frankreich hat ihm weit höhere Summen geboten und weit größeren Entgegenkommen gezeigt als die englische Regierung.

Noch wartet Herr Grindell-Matthews unablässig einen halben Tag. Man soll doch nicht sagen, er läte gar nichts für sein Vaterland. Aber aus London kommt kein Bescheid. Da bezieht er kurz entschlossen in Frankreich ein Flugszeug und bezieht sich nach Paris. Kaum war das Flugszeug aufgeflogen, so sah von London her ein Auto mit zwei Reichsanwälten heran, die von gewissen Personen, die einen besonderen Anspruch auf Beteiligung an dem Gewinn Grindell-Matthews geltend machen, eine einstweilige Verfügung bei sich hatten, die vorläufig Herrn Grindell-Matthews jede weitere Unterhandlung mit anderen Stellen verbot. Sie kamen zu spät. In den Wolfen verstand bereits das Flugszeug des Erfinders, der wenige Stunden später glücklich in Paris landete und sofort seine Verhandlungen mit einer französischen Firma und Vertretern der französischen Regierung aufnahm.

Die öffentliche Meinung in England ist geteilt. Die einen tadeln den Erfinder wegen seines mangelnden Patriotismus und seines allzu smarten Geschickes, die andern klagen das Luftministerium an, daß es durch seinen Bureaukratismus und seine Skepsis eine so fürchterliche Waffe den Feinden Frankreichs anliefern. Das Luftministerium selbst nimmt die Sache scheinbar nicht so tragisch. Es behauptet, bereits seit längerer Zeit — und damit dürfte es recht haben — ebenfals wie andere Stellen auf dem Kontinent im Besitz von Strahlen ausfindig zu machen. Die einen Motor aus einer gewissen Entfernung zum Stillstand bringen können. Das ist kein großes Geheimnis mehr und dürfte bald zur allgemeinen Kenntnis gelangen. Aber noch mehr: Man hat, wie das englische Luftministerium weiter mitteilt, auch bereits Mittel entdeckt, die einen Motor gegen diese Strahlen zu empfindlich machen können. Es ist daher noch nicht bewiesen worden, ob die sogenannten violetten Strahlen des Herrn Grindell-Matthews durch diese Schutzvorrichtung hindurch einen Motor fördern oder gar zum Stillstand zwingen können. Ubrigens ist Grindell-Matthews nicht der einzige, der an die englische Regierung mit einer derartigen Erfindung herangetreten ist. Nächste Woche wird das Luftministerium mit Dr. Bent und Beffell und dann mit einem Dr. William Pryor wegen der gleichen Erfindung verhandeln.

### Deutschnationales Liebestwerben in Paris

B. Berlin, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht)  
Der Sozialdemokratische Parlamentarierdienst berichtet, während in Paris hätte sich ein politischer Demonstrationszug der deutsch-nationalen Parteiführer tagelang aufgehalten, um die Stimmung der französischen Völksparteien zu sondieren und zu erklären, daß die deutsch-nationale Partei im Grunde viel friedfertiger sei als die sozialdemokratische und viel besser Erfüllungsbedingung treiben wolle, als es bisher durch Deutschland geschehen sei. Außerdem sei Herr von Radomir, der Bruder des deutsch-nationalen Kandidaten für das Außenministerium, von Berlin aus beauftragt gewesen, mit den zukünftigen Regierungsparteien in Frankreich Fühlung zu nehmen. Er hätte in den letzten Tagen wiederholt in einem Klub, der gute Beziehungen zu Briand unterhalte, verhandelt. Außerdem sei von den deutsch-nationalen Mittlern dem Völksparteien als Zeichen der Friedfertigkeit ein deutsch-französisches Militärgeschichtliches angetragen worden. Vielleicht werden

### „Der Raubkrieg der Zukunft“

Wie man am besten Vorlesung gehalten  
B. Berlin, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht). In Waidburg sollte am Donnerstag und gestern als Vortrag für Gabel ein „Deutscher Tag“ mit einem Besuch Ludendorffs und anderer Oberführer stattfinden. Infolge des politischen Verbotes der Partei unter freiem Himmel umging, der Werbung der „Volk. Tag.“ zufolge, Ludendorff dadurch, daß er vom Denker des Vortrags hielt, in welchem er abgelesen war, seine Ansprache hielt, in welcher er nicht nur im Namen der früheren Oberleitung sprach, sondern auch als Führer der deutschvölkischen Bewegung, die darauf ausgeht, das ganze Volk zu dem Raubkrieg der Zukunft mehrbar zu machen.

### Beneß in Wien

Wien, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht). Heute trifft auf der Duxreise von Rom nach Prag der tschechische Außenminister Dr. Beneß in Wien ein. Dr. Beneß wird gegen Mittag wieder abreisen. In der Zwischenzeit wird er eine Audienz mit Bundeskanzler Seipel über die österreichischen Finanzen haben, die in Wien entscheiden werden sollen. Bekanntlich ist Dr. Beneß der Parteiführer des Bundeskongresses.